

Berlin, Dienstag,

Die Zeitung erscheint in der Woche
zweimal.

Bezugs-Preis:

vierteljährlich
für Berlin 7 Mk. 50 Pf., ohne Postlohn,
für ganz Deutschland 9 Mk.
Esterreich 18 Kr. 30 Sch., Ungarn
4 Mt. 55 Kr., Holland 7 fl. 50 Gts.,
Schweiz 12 Fr. 40 Gts., Dänemark,
Schweden u. Norwegen 9 Kr.

für Frankreich, Belgien, England,
Amerika ufm. Kreuzband-Endung
20 Mk. für das Vierteljahr

Bestellungen werden angenommen
für England in London bei
Higley & Co. Ltd.

120 Redenhall Street E.C. und
Cowie & Co. 19 Oresham Street E.C.

den 29. Juli 1913.

Als besondere Beilagen erscheinen:

Ergänzungen zum Kurszettel.

Kupon-Kalender.

Vollständige Ziehungslisten der

Preuss.-Bild. Klassenlotterien.

Allgemeine Verlosungsstabellen

mit Restanten-Listen

und viele andere wichtige tabellarische

Uebersichten.

Insertions-Gebühr:

Die viergespaltene Zeile 60 Pf.

Restameteil 1.20 Mk.

Berliner Börsen-Beitung.

Bestellungen werden angenommen

bei allen

Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

Telegraph-Adresse:
Börsenkrone.

Redaktion und Expedition: Berlin W. 8. Kronenstraße Nr. 37.
Annahme der Zusätze: In der Expedition.

Fernsprecher:
Zentrum, Nr. 243.

Reise-Abonnement.

Während der Reise-Zeit nehmen wir Wochen-
Abonnements auf beliebige Dauer an unter
täglicher Zufendung der Zeitung in Streifband;
der Preis stellt sich für den Umfang des Deutschen
Reiches sowie für Sendungen nach Oesterreich-
Ungarn auf 1 Mark 50 Pf., für Sendungen
nach den übrigen Staaten auf 1 Mark 75 Pf.,
für die Woche. Bestellungen nimmt die unter-
zeichnete Expedition entgegen.

Abonnenten, welche ihr zu Hause abonniertes
Exemplar regelmäßig an einem anderen Orte
zu erhalten wünschen, wollen wie folgt ver-
fahren: a) haben sie bei einer Postanstalt
abonniert, so wollen sie bei der Postanstalt
ihres Wohnortes die Ueberweisung ihres
Exemplars nach dem neuen Aufsenhaltort bei
gleichzeitiger Zahlung der Ueberweisungsgebühr
beantragen; b) empfangen sie ihre Zeitung
durch einen Spediteur, so wollen sie bei diesem
die Ueberweisung des Exemplars an die Post
unter Zahlung der Ueberweisungsgebühr ver-
anlassen.

Die Expedition
der Berliner Börsen-Zeitung.
Kronenstraße 37.

Vom Tage.

Gestern ist hier ein Vertrag unterzeichnet worden,
durch den der deutsch-niederländische Aus-
lieferungsvertrag auf das deutsche Schutzgebiet
Kaukasien ausgedehnt wird.

Der französische Senat stellte im Budget des
Jahren den für die Unterparlamentarier bestimmten Posten
wieder her, den die Deputiertenkammer gestrichelt
hatte.

Die britischen Fuhdpumper in Canton er-
hielten auf Anweisung des Konsuls Befehl, Dampf
aufzumachen, um im Notfall die Frauen und Kinder
der Engländer an Bord zu nehmen.

Wim Bahnhof Mauendorf (Saalkreis) sind
mehrere Wagen eines Eilgüterzuges entgleist.
Ein Bahnbeamter wurde schwer, fünf leichter verletzt.

Der politische Massenstreik.

Die Frage des politischen Massenstreiks beschäftigt
die Sozialdemokratie ebenso wie die Agrarfrage seit
mehr als einem Jahrzehnt ununterbrochen. Auf fast
allen Parteitagungen gehören diese beiden Fragen zum
einerseits Inventar der Tagesordnungen, und es ist
unendlich viel darüber geredet worden, ohne daß man
bestenfalls der Lösung der Fragen auch nur um einen
Schritt näher gekommen wäre. Neuerdings wird
die Frage des politischen Massenstreiks in der
Sozialdemokratie wieder besonders eifrig ventiliert.
Die Gründe dafür sind leicht zu erkennen. In den
letzten Jahren hat die Sozialdemokratie über-
ausreichende Fortschritte gemacht. Die Sozialpolitik hat
einen großen Teil der sozialdemokratischen Forde-
rungen erfüllt — ist doch sogar das Streikrecht nicht
nur durch die Redensprüfung ausdrücklich anerkannt
worden, sondern es ist sogar, zum ersten Male in
dem vor etwa fünf Jahren vom preussischen Abge-
ordnetenhaus verabschiedeten Berggesetz, in einem
Gesetz kodifiziert worden. Dazu kommen die parla-
mentarischen Erfolge der Sozialdemokratie. Bei den
111 Mandaten, über die die Sozialdemokraten im
Reichstage verfügen, kann von einer „politischen Ent-

redung“ der großen Massen — was früher eins der
beliebtesten und zugkräftigsten Schlagworte der sozial-
demokratischen Agitation war, nicht mehr gespro-
chen werden. Die Folge davon war, daß die sozialdemokratische Agitation an
Gesinnung einbüßte und daß die Vertreter der äußersten
Linken im Reichstage sich nicht mehr so radikal ge-
härden, sich so völlig auf den Standpunkt der
absoluten Negation stellen konnten wie früher. Die
große Zahl der Mandate erhöhte die Verantwortung
der Sozialdemokratie für das Scheitern oder Zu-
standekommen von Gesetzen und zwang sie mehr und
mehr zu einer opportunistischen Politik, die natürlich
den Gangradikalen vom Schlage der Rosa Luxemburg
ein Dorn im Auge war. Sie sahen darin eine
Verwässerung des sozialdemokratischen Programms.
Nebenbei nicht ganz zu unrecht. Denn eine Partei,
die ganz und ausschließlich auf der Theorie vom
Klassenbewußtsein und Klassenkampf aufgebaut ist,
muß ohne weiteres an Verbestand verlieren, wenn
sie durch die Verhältnisse oder durch ihre
Führung auf den Boden einer Politik gedrängt wird,
die den ursprünglichen Kampfscharakter der Partei,
den sie ihre Erfolge fast ausschließlich verdankt, in
den Hintergrund treten läßt und sie zur praktischen
Mitarbeit an den gesetzgeberischen Aufgaben der
Gegenwart führt. Um das zu verhindern, um ein
Abwanken der sozialdemokratischen Bewegung aufzu-
halten, muß jetzt die sozialdemokratische Parteileitung
die Agitation eine größere Intensität zu geben. Es
soll eben unter allen Umständen verhindert werden,
daß die Partei eine reine Wirtschaftsguppe wird; es
soll ihr der politische, der revolutionäre Charakter
erhalten bleiben. Zu diesem Zweck wird jetzt die
Frage des politischen Massenstreiks erneut aufgerollt
und diese heikle Frage in die Diskussion der Massen
geworfen. Wie man sieht, mit dem gewünschten Er-
folge. Nachdem vor einigen Wochen der Reichs-
tagshochgeordnete Frank-Raumeim in einer Versamm-
lung in Wilmersdorf-Berlin den politischen Massen-
streik als Mittel zur Lösung der preussischen Wahl-
rechtsfrage empfohlen hatte, hat inzwischen der gleich-
falls revisionistische Abg. Gumbel Fischer die Frage in
den „Sozialistischen Monatsheften“ behandelt, und
neuerdings haben zwei radikale, Rosa Luxemburg und
der Geheimdiktator der ultraradikalen „Leipziger Volks-
zeitung“, Abg. Dr. Lentich, über das gleiche Thema
in zwei Verammlungen gesprochen, die von dem
sozialdemokratischen Wahlverein des vierten Berliner
Reichstagswahlkreises einberufen worden waren.
Wenn sich Lentich auch bedeutend vorsichtiger und
zurückhaltender ausdrückte als Rosa Luxemburg, so
klang doch immer noch deutlich genug aus seinen
Worten die Absicht der Parteileitung heraus, durch
ein neues Mittel die Massen in Bewegung und Gär-
nung zu halten. Im Interesse der Partei dürfen
sie überhaupt nicht mehr zur Ruhe kommen. Das Ziel,
das Rosa Luxemburg, die von jeder die eifrigste Ver-
fechterin der Massenstreikbewegung ist, ver-
folgt, läßt sich einfach dahin zusammenfassen, daß die
Gegensätze zwischen der Sozialdemokratie und der
bürgerlichen Gesellschaft zu verschärft werden müssen,
daß der Massenstreik eines schönen Tages ganz von
selbst da ist. Nach ihrer Meinung darf er nicht sorg-
fältig vorbereitet werden, sondern ganz spontan
kommen. Der Hauptzweck ist der, die unorganisierten
Massen mit in die Bewegung hineinzuziehen. Diese
Verechnung ist nicht ganz falsch. Man hat ja bei
den meisten großen Streiks gesehen, besonders bei
denen, die mit Anschuldigungen und Aufseherungen
verbunden waren, daß in der Hauptphase die Un-
organisierten, was in diesem Falle wohl nur
eine Umschreibung für die am Streik persönlich
uninteressierten Volkselemente sein soll, besonders
aktiv in die Streikbewegung eingriffen. Rosa Luxem-
burg will also durch politischen Massenstreik den
Wöbel anpeitschen und zu Aufständen reizen. Sie hat
das mit einer geradezu verblüffenden Ungeniertheit

ausgesprochen. Mit der ungemein wichtigen Frage,
ob es der Parteileitung auch gelingen werde, den
Massenstreik, wenn er einmal ausgedrungen ist, auch
im gegebenen Moment wieder zum Stillstand zu
bringen, beschäftigte sich die radikale Rednerin nicht
näher. Man konnte sogar aus ihren Worten den
Wunsch herauslesen, daß dies nicht möglich sein
müßte, damit die einmal angezettelte Revolution
ihren Weg weiter gehen könne. Gerade dies
Moment ist es aber, das die besonnenen Köpfe in der
Sozialdemokratie mit starken Bedenken gegen den
politischen Massenstreik erfüllt. Erklärt doch ein
Redner in einer der Berliner Versammlungen ganz
offen, die Gewerkschaften hätten augenblicklich
wichtigere Dinge zu tun als durch einen politischen
Massenstreik die preussische Wahlrechtsfrage zu lösen.
Offenbar war dieser Redner, wie mit ihm viele
andere in der Partei, der Ansicht, daß die Organi-
sation der Sozialdemokratie noch weiter gefestigt
werden und daß noch sehr viele andere wirtschaftliche
Fragen zu lösen seien, bevor die Partei sich an
solche politische Demonstrationen heranmachen
könne, die den organisierten Arbeitern ungeheure
Opfer auferlegen würden, deren Erfolge aber sehr
problematischer Natur wären. Ohne Zweifel werden
die Massen sich leichter für einen wirtschaftlichen
Streik gewinnen lassen als für einen politischen, bei
dem das Ende und der Erfolg ganz außerhalb jeder
Berechnungsmöglichkeit liegt. So optimistisch, zu
glauben, daß schon in den nächsten Tagen, einfach
auf Anordnung der Parteileitung, ein politischer
Massenstreik ausbrechen könnte, war allerdings auch
Rosa Luxemburg nicht. Immerhin aber verdienen die
letzten Vorgänge in der sozialdemokratischen
Partei die größte Aufmerksamkeit der bürgerlichen
Parteien. Denn was sich da vorbereitet, ist von der
größten Tragweite und birgt ungeahnte Gefahren
für unsere gesamte politische und wirtschaftliche Ent-
wicklung in sich. Bezeichnend war es, daß Rosa
Luxemburg der sozialdemokratischen Reichstags-
fraktion für den bevorstehenden Parteitag eine
Art Strafgericht wegen ihrer Haltung in der Redungs-
frage ankündigte. Unter allen Umständen wird der
im September stattfindende sozialdemokratische Partei-
tag lange und erregte Debatten über den politischen
Massenstreik bringen; wir glauben aber nicht, daß
bereits entscheidende Beschlüsse werden gefaßt werden
können. Denn die letzten Erörterungen innerhalb der
Partei zeigen zu deutlich, wie ungeklärt die ganze Frage
noch ist und wie richtig man wenigstens in einigen
Kreisen der Sozialdemokratie die große Gefahr ein-
schätzt, die für die Partei selbst in dem Gedanken des
politischen Massenstreiks liegt.

Vom Balkan.

Wie wir hören, ist die Meldung, wonach die Bot-
schafter der Großmächte in Konstantinobel
bereits Beschlüssen für ein gemeinsames diplo-
matisches Vorgehen erhalten haben sollen,
als verfrüht anzusehen. Zunächst wird
der Inhalt der europäischen Mitteilungen
durch die Volkshosterversammlung in London fest-
gestellt werden, und dann ohne Bezug die
nötigen Beschlüsse ergehen. Die Haltung der
Großmächte läßt genugsam erkennen, daß sie die
Anwendung von Zwangsmitteln gegen die Türkei ver-
meiden möchten. Die Porte würde es sich selbst
zuschreiben haben, wenn sie durch Nichtbeachtung
des ihr zu erteilenden Ratsschlages die Großmächte zur
Anwendung oder zur Billigung anderer als diplo-
matischer Mittel drängen wollte.
Eine Mitteilung von griechischer Seite aus
Athen bekämpft die vielfachen Angriffe, die
gegen Griechenland wegen der ihm in bezug
auf die Friedensverhandlungen angebrach-
ten Forderungen gerichtet werden. Diese
Kritik erscheint unter allen Umständen als ver-
früht, da sie sich auf keine fest begründeten Vor-
aussetzungen stützen könne. Außerhalb eines